

Redebeitrag von Herrn Ministerpräsident Teufel

(deutscher Bundesrat)

bei der Konventssitzung am 7./8. November 2002

(Debatte über den Abschlussbericht „Ordnungspolitik“)

Es gilt das gesprochene Wort

Sperrfrist : Beginn der Debatte

Anrede,

Die Arbeitsgruppe „Ordnungspolitik“ hat wichtige und schwierige Fragen der Wirtschafts- und Währungspolitik behandelt. Die Schwierigkeit der Thematik zeigt sich daran, dass sich die Arbeitsgruppe nur begrenzt auf gemeinsame Empfehlungen einigen konnte, wie Herr Kollege Hänsch bereits auf dem letzten Konvent berichtet hat. Wir schulden ihm Dank, dass der Abschlussbericht den Stand der Diskussion in der Gruppe außerordentlich klar zum Ausdruck bringt.

Ich beschränke mich auf einige allgemeine Äußerungen.

1. Ich habe bereits mehrfach meine Skepsis zum Ausdruck gebracht, ob es dem Ansehen der künftigen Vertragsverfassung dient, über die Präambel und die Darstellung der „Werte der Union“ hinaus in einem weiteren Artikel wortreich politische Ziele der Union zu formulieren. Daher teile ich zu S. 2 des Abschlussberichtes nicht die Auffassung, dass man in einem Zielkatalog wirtschaftliche und soziale Zielsetzungen wie nachhaltiges Wachstum, Vollbeschäftigung und Manches Andere umfänglich beschreiben sollte. Unsere Vertragsverfassung sollte keine allgemeinen Versprechungen enthalten, sondern festlegen, in welchen Sachbereichen die Union zuständig ist und tätig werden kann. Für die sozialen Ziele der Union wäre dies wie bisher im Kapitel Sozialpolitik festzulegen.
2. Bei der Währungspolitik (S. 3 des Berichtes) schließe ich mich der Auffassung der Mehrheit der Arbeitsgruppe an, dass die Regeln über die europäische Zentralbank mit dem überragenden Auftrag, die Preisstabilität zu wahren, unverändert bleiben sollten.

Dies gilt zugleich für die Feststellung der Arbeitsgruppe (S. 4 des Berichts), dass es von ganz besonderer Bedeutsamkeit ist, ohne Abstriche an den Forderungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes festzuhalten. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an den Auftrag der Nizza-Konferenz für den Konvent, die Verträge zu vereinfachen, ohne sie zu ändern. Nach meiner Meinung würde das gesamte Projekt der künftigen Europäischen Union in den Augen der Bevölkerung diskreditiert werden, wenn die Stabilität des EURO in ernsthafte Gefahr geriete. Die Stabilität des Geldwertes ist gerade für die unteren Einkommensschichten von hoher sozialer Bedeutung.

3. Eine letzte Bemerkung: der Bericht spricht auf den Seiten 5 und 6 die in Lissabon 2000 entwickelte Methode der offenen Koordinierung an. Dieser Punkt ist allgemein und nicht nur bei der Ordnungspolitik von Bedeutung. Falls der Verfassungsvertrag auf die offene Koordinierung eingehen will, sollte er lediglich klarstellen, dass es sich bei dieser Methode um ein informelles Verfahren politischer Art handelt, das an der Zuständigkeitsverteilung zwischen der Union und den Mitgliedstaaten nichts ändert. Es geht bei der offenen Koordinierung um einen Informations- und Erfahrungsaustausch mit Blick auf die besten anzuwendenden Methoden und nicht um mehr.